

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

03|2023

Dr. Elisabeth Hauschild,
Generalbevollmächtigte von Diehl, zur Lieferkettenregulierung



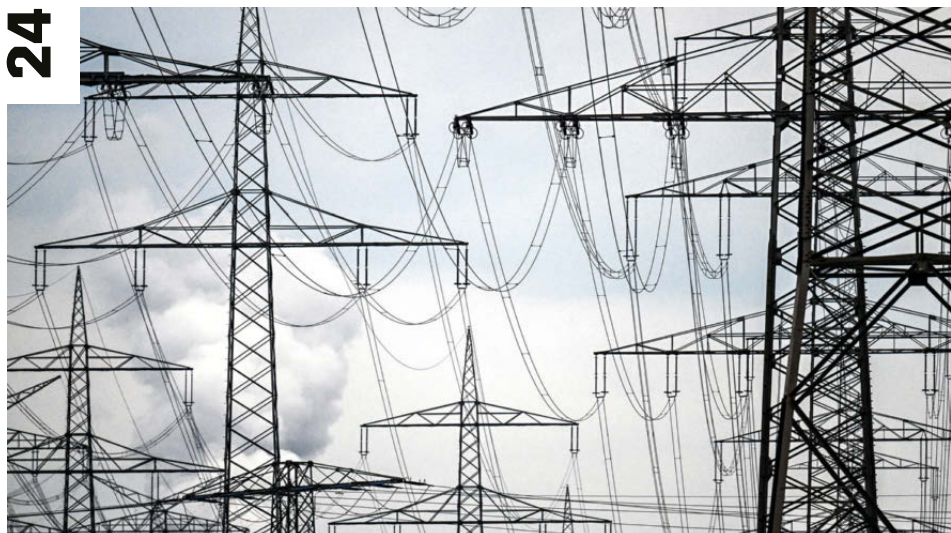
EINMAL FLICKEN BITTE!

Lange hat die Soziale Marktwirtschaft für Wohlstand und Wachstum gesorgt. Doch nun werden ihre Prinzipien zunehmend missachtet. Warum es jetzt wichtig ist, sie wieder zu beherzigen.



»Menschen und Unternehmen brauchen Raum für freie und eigenverantwortliche Entscheidungen in einem verlässlichen gesetzlichen Rahmen.«

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU Deutschlands und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag

03 **KOMMENTAR**

Friedrich Merz über Soziale Marktwirtschaft und warum wir sie gerade jetzt wieder brauchen

04 **AGENDA**

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

09 **SICHT:WEISE**

Drei Stimmen zur Frage, ob der Bund für Abschiebungen zuständig sein soll

07 **NETZTEILE**

Die schönsten M+E-Fundstücke aus dem Social Web

10 **TITELTHEMA**

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind in Gefahr. Warum es wichtig ist, sich wieder darauf zurückzubedenken

20 **DEBATTE**

Dr. Elisabeth Hauschild, Generalbevollmächtigte bei Diehl, im Interview zu den Folgen von Lieferkettenrichtlinien und Berichtspflichten

24 **DEUTSCHLAND BESSER MACHEN**

Standortnachteil Energie – Warum in Deutschland die Strompreise so viel höher sind als anderswo

27 **BILDUNG**

Eine Auszeichnung für Science on Stage und ein MINT-Test rund um Chat GPT

28 **PERSPEKTIVE**

Die M+E-Unternehmen blicken pessimistisch auf den Auftragsbestand

30 **RETROSPEKTIVE**

Was wurde aus der Pflegeversicherung?

06 **PERSONALIE**30 **IMPRESSUM**31 **KARIKATUR**32 **ZITAT**

Fast dreimal so teuer: 6 Cent pro kWh zahlten US-Unternehmen Ende 2022 für Strom. Deutsche Unternehmen mussten über 17 Cent pro kWh berappen. **S. 24**



Unternehmen brauchen Raum für freie Entscheidungen

WAS MEINEN SIE, HERR MERZ? Staatliche Regulierung und Verbote bestimmen heute das politische Denken, meint der Vorsitzende der CDU. Um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern, brauche es eine Rückkehr zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft.

Soziale Marktwirtschaft – dieses ordnungspolitische Konzept ist untrennbar mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. In Zeiten großen Mangels gab Ludwig Erhard ein scheinbar unerhörtes Ziel aus: „Wohlstand für alle“. Die Idee, die Leistungsfähigkeit einer offenen Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich zu verbinden, ist rückblickend naheliegend, war zu Beginn aber alles andere als unumstritten. Aber schon früh konnte Erhard nachweisen, dass die Einbettung des Gewinnstrebens jedes Einzelnen in einen Ordnungsrahmen die Grundlage für Chancengerechtigkeit schaffen, das Aufstiegsversprechen erfüllen und damit „Wohlstand für alle“ ermöglichen konnte. Ludwig Erhard und die CDU legten mit der Sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für unsere Wirtschaftskraft und zugleich für den sozialen Zusammenhalt.

Die Vorstellungen, was „Wohlstand“ ausmacht, mögen sich gewandelt haben, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bleibt aktuell und ordnungspolitisch richtig: Jeder muss die Chance bekommen, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dies geht untrennbar einher mit der Übernahme von Verantwortung für die eigenen Ent-

scheidungen. Schließlich kann eine freiheitliche Gesellschaft ohne eine Balance aus Rechten und Pflichten nicht bestehen. Es gilt das Leitmotiv: Freiheit in Verantwortung. Aus diesen Grundsätzen folgt auch, dass überzogene Ansprüche an „den Staat“, der nicht mehr und nicht weniger ist als die Summe von uns allen, grundsätzlich kritisch gesehen werden müssen. Es gilt, ein angemessenes Verhältnis aus eigener Leistung und staatlicher Daseinsvorsorge zu wahren.

Raum für freie Entscheidungen

Diese Balance ist in Gefahr. Hohe Steuern und Abgaben und ein steigender Anteil der Sozialausgaben bedrohen nicht nur die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Sie unterlaufen auch das Prinzip, dass Leistung sich lohnen muss. Staatliche Regulierung bis in kleinste Details und immer mehr Verbote statt marktwirtschaftlicher Anreize bestimmen heute ganz wesentlich das politische Denken. Die Politik kann der Versuchung nur selten widerstehen, es allen recht zu machen – statt zu priorisieren und Ansprüche auch einmal zurückzuweisen. Menschen und auch Unternehmen brauchen aber Raum für freie und eigenverantwortliche Entscheidungen in einem verlässlichen gesetzlichen Rahmen.

Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir durch Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung stehen, bedarf es zugleich neuer Antworten auf die Frage: Wie erreichen wir heute und morgen „Wohlstand für alle“? Wie können wir mit einer neuen Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft das individuelle Streben nach Glück und staatliche Daseinsvorsorge verbinden? Was muss und kann der Staat leisten; was muss jeder Einzelne beitragen?

Jede Zeit muss diese Fragen im Lichte ihrer konkreten Herausforderungen neu beantworten. Was bleibt, sind die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft als hierfür richtiger Rahmen: So viel Freiheit wie möglich, nur so viel Regulierung wie unbedingt nötig. So kann unsere Wirtschaftsordnung auch weiterhin der Garant für gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke zugleich bleiben. P

GASTAUTOR: Friedrich Merz

WOHNORT: Arnberg

BERUF: Vorsitzender der CDU Deutschlands





Sorgenvoller Blick in die Zukunft wegen politischer Versäumnisse

Die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall kritisiert die Versäumnisse am Industriestandort Deutschland deutlich.

Gastgeber der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall am 16. Juni in Berlin war dieses Mal der Verband der Metall- und Elektroindustrie in Berlin-Brandenburg. In seinem Rechenschaftsbericht betonte Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf die Entschlossenheit der Unternehmen, den Strukturwandel am Standort Deutschland zu bewältigen. Der Industriestandort habe Zukunft, man müsse sie ihm aber auch ermöglichen und dürfe nicht glauben, dass der Staat der bessere Unternehmer sei.

Anschließend bekannte er sich ausdrücklich zur Tarifautonomie. Das Aushandeln von Kompromissen mit dem Sozialpartner sei die Aufgabe der Verbände. Wer Löhne lieber auf dem politischen Wahlkampf-Basar verhandele, zeige gerade keinen Respekt vor guter Arbeit.

»Der Industriestandort hat Zukunft. Man muss sie ihm aber auch ermöglichen.«

Dr. Stefan Wolf,

Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

Zu Gast auf der Mitgliederversammlung waren auch die beiden Ehrenpräsidenten Martin Kannegiesser und Dr. Rainer Dulger, der in seiner Funktion als Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ein Grußwort sprach. Außerdem diskutierten die Teilnehmer mit Carsten Linnemann, kommissarischer Generalsekretär der CDU, intensiv über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland.

Raum für Gespräche und Diskussionen

Der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, CDU, begrüßte beim Festabend und warb für Investitionen in der Hauptstadt. In den Gesprächen spielte die sich zunehmend verfinsternde wirtschaftliche Lage eine große Rolle. Einhellig wurde der große Modernisierungsbedarf in Deutschland herausgestellt. P



Prominenz auf der Mitgliederversammlung: Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf (*Foto oben*) bei seiner Rede.

Mitte links: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner. *Mitte rechts:* Sabine Kohleisen, Personalvorständin der Mercedes-Benz Group AG, und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Verbände der bayerischen Metall- und Elektroindustrie.

Foto unten: Carsten Linnemann, neuer Generalsekretär der CDU.



Geschäftsbericht

Gesamtmetall blickt auf Fachkräftemangel

Der Gesamtmetall-Geschäftsbericht informiert zur Mitgliederversammlung aktuell und traditionell zum Ende des Geschäftsjahres umfassend über die Themen, Aktionen, Projekte und Erfolge des Verbandes und gibt einen Ausblick auf die Themen des kommenden Jahres. Mit dem Leitthema „Schach dem Fachkräftemangel“ widmet sich der Geschäftsbericht 2022/2023 der immer weiter wachsenden Herausforderung des Fach- und Arbeitskräftemangels für die M+E-Unternehmen und gibt viele zielführende Vorschläge und Anregungen. Den Geschäftsbericht als E-Paper finden Sie hier: www.gesamtmetall.de/aktuelles/geschaeftsberichte



Personalie

Schirp folgt auf Amsinck

Alexander Schirp (Foto oben) wird neuer Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg (VME). Der Vorstand hat ihn zum Nachfolger von **Christian Amsinck** (65) berufen, der seine Tätigkeit zum 30. September nach 16 Jahren beenden wird. Amsinck „hat den VME mit hoher Einsatzbereitschaft, großer Umsicht und Zielstrebigkeit gelenkt“, bilanzierte der Vorstandsvorsitzende Stefan Moschko. Schirp übernimmt auch die Hauptgeschäftsführung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB).



Ceemet-Versammlung

Europas M+E- Industrie tagt



Gute Stimmung: Die Delegation der europäischen Arbeitgeberverbände hat die Mitgliederversammlung von Ceemet in London besucht.

Ende Juni fand in London die Mitgliederversammlung von Ceemet statt, dem europäischen Dachverband der Metall- und Elektro-Industrie. Im Fokus der Tagung beim britischen Mitglied Make UK standen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU – hier wurde im Rahmen einer Expertenrunde eine schonungslose Analyse vorgenommen. Trotz gravierender Auswirkungen des Brexit vor allem für die Industrie werde die Situation durch die britische Politik weiter schöngeredet oder mit dem Ukraine-Krieg beziehungsweise der Pandemie entschuldigt. Die Mitgliederversammlung bestätigte den bisherigen Kurs, eine möglichst praxistaugliche und unbürokratische Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens für die Unternehmen einzufordern. Ein weiterer Schwerpunkt waren die anstehenden Europawahlen 2024. Hier wurden die wesentlichen Botschaften an die Politik abgestimmt.

Netzteile

Unsere schönsten Fundstücke aus dem sozialen Netz

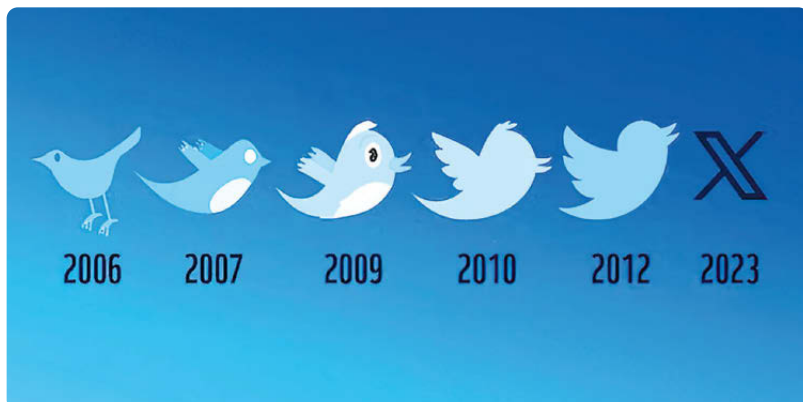


Christian Lindner
@c_lindner

Die Stärken dieses Landes sind nicht Bürokratismus, Verbote und staatliche Kommandos. Sie sind im Unternehmergeist & Erfindungsreichtum von Investorinnen, Gründern und Ingenieuren begründet. Mehr dazu, wie wir Technologieführer bleiben können, im Interview bei [@MEArbeitgeber.CL](#)

ME Gesamtmetall @MEArbeitgeber · 29. Juni

Jetzt in den neuen Perspektiven, dem Magazin der Metall- und Elektro-Industrie: Bundesfinanzminister @c_lindner im Interview über Deutschlands Rolle und Maßnahmen, die Technologieführerschaft zu erhalten. Danke für Ihre Zeit.



Twitter heißt jetzt X. Den „Tod“ des Twitter-Vogels hat der WWF zum Anlass genommen, mit einer Kampagne auf das Artensterben aufmerksam zu machen.

Einigung

Inflations- ausgleich für die Zeitarbeit

Im kommenden Jahr gibt es die steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie auch für Zeitarbeitnehmer, die in der Metall- und Elektro-Industrie eingesetzt sind. Darauf haben sich die Sozialpartner geeinigt. Insgesamt 2.300 Euro sollen ab Januar 2024 in monatlichen Raten ausgeschüttet werden, aber nur für die Zeiten, die tatsächlich in Betrieben bei M+E absolviert wurden. Außerdem soll der Branchenzuschlag ab September 2023 bereits ab dem ersten Überlassungstag gezahlt werden. Bislang mussten die Zeitarbeitnehmer sechs Wochen warten. Nachdem die IG Metall diese Regelungen durchgesetzt hat, zog die IG BCE nach und vereinbarte identische Regelungen auch für die Betriebe in der chemischen Industrie und einigen anderen Branchen, für die sie zuständig ist.



Prämie: Einen Inflationsausgleich soll es ab 2024 auch für Zeitarbeitnehmer geben.



Parlamentarischer Abend in Brüssel

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen lud Gesamtmetall im Sommer zu einem Parlamentarischen Abend zum Thema Nachwuchssicherung ins Automuseum Brüssel ein. Dabei präsentierte Gesamtmetall den Vertretern der EU-Institutionen auch einen der zehn M+E-InfoTrucks (Foto oben), die deutschlandweit an Schulen im Einsatz sind. In seiner Rede zeigte sich Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit (Foto unten) vom Engagement der deutschen M+E-Industrie bei der Nachwuchswerbung beeindruckt. Er unterstrich die Rolle der Industrie für gute Jobs in Europa.



Soll der Bund für die Abschiebung von Ausländern zuständig sein?

Aktuell sind die Länder und Kommunen für Abschiebungen zuständig. Zahlreiche Missstände bestehen. Drei Meinungen dazu, ob mehr Kompetenzen des Bundes bei Abschiebungen zielführend sind oder nicht.



»Rückführung verlangt Teamgeist: Statt sich den ›Schwarzen Peter‹ zuzuschieben, müssen Bund, Länder, Gemeinden und EU kooperieren.«

Prof. Dr. Daniel Thym,
Uni Heidelberg, Vorsitzender des Beirats
für Forschungsmigration beim BAMF

Mehr **Bundeskompetenzen lösen nicht den Kern des Problems:** Rückführungen funktionieren schlecht, so lange Länder und Gemeinden auch Ausreisepflichtige dezentral unterbringen, massiv deren Integration fördern, die zuständigen Ausländerbehörden sträflich vernachlässigen und praktisch keine Haftplätze vorhalten. Diese **hausgemachten „bürokratischen“ Abschiebungshindernisse** sind ebenso wichtig wie Gesetzesänderungen durch den Bund und belastbare Migrationspartnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern, die der Bund und die EU verhandeln müssen. Alle müssen handeln, anstatt auf den anderen zu zeigen. Sonst verliert die Bevölkerung nur das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.



»Die Zuständigkeit für Abschiebungen sollte zentral beim Bund liegen und nicht bei den lokalen Ausländerbehörden mit teils sehr unterschiedlichen Umsetzungserfolgen.«

Karin Prien,
stellv. CDU-Bundesvorsitzende

Wir müssen **zu klaren Zuständigkeiten kommen**, wenn es um Abschiebungen geht. Bisher verhandelt der Bund die Rücknahmeabkommen mit anderen Ländern. Für die Umsetzung sind dann die Landkreise zuständig. Das führt dazu, dass vor allem diejenigen abgeschoben werden, die sich bis dahin regelkonform verhalten haben – oft Familien mit Kindern. Die anderen tauchen unter und entziehen sich so der Abschiebung. Ich bin dafür, dass wir eine sachliche und den Menschen zugewandte **Debatte über Asyl, Flucht und Migration führen** – aber wer ausreisepflichtig ist, für den müssen die gleichen Regeln gelten, auch unabhängig von parteipolitischen Opportunitäten in den jeweiligen Bundesländern.



»Die beschleunigte Rückführung von Ausländern ist ohne die Kommunen nicht zu stemmen.«

Reinhard Sager,
Präsident Deutscher Landkreistag

Aktuell halten sich gut 56.000 Menschen in Deutschland auf, bei denen einer Abschiebung keine humanitären Gründe entgegenstehen. Die **Rückführung ist Aufgabe der Länder** beziehungsweise der von ihnen beauftragten Kommunen. Da die Aufenthaltsdauer bis zu einer solchen Zwangsmaßnahme etwa drei Jahre beträgt, wissen diese um den Aufenthaltsort und um die Lebenssituation der Betroffenen. Dies spricht für eine kommunale Aufgabenwahrnehmung, was den Bund allerdings nicht davon entbindet, seine Verantwortung für wirksamere Abschiebungen wahrzunehmen. Dies betrifft auch einen **besseren Rechtsrahmen**. Die nunmehr durch den Bund vorgelegten Vorschläge weisen in die richtige Richtung. Sie greifen kommunale Forderungen wie den Verzicht auf eine vorherige Ankündigung auf.



Findet das Land zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und damit aus der Krise?

Die Soziale Marktwirtschaft sorgt in Deutschland für Wachstum und soziale Absicherung. Aber der Staat bedroht die wirtschaftliche Freiheit und übertreibt beim Sozialen. Warum es jetzt wichtig ist, sich wieder auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen.

Seit 1948 prägt die Soziale Marktwirtschaft Deutschland. Ohne sie wären der wirtschaftliche Aufschwung und die Steigerung des Wohlstands in weiten Teilen der Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in diesem Umfang möglich gewesen. Der Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft ist kein geringerer, als den größtmöglichen Wohlstand und zugleich die bestmögliche soziale Absicherung zu gewährleisten. Dem liegt die Idee zugrunde, dass nur ein Markt, der frei agieren kann, genug Geld erwirtschaftet, um für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Mit diesen Grundgedanken ist Deutschland nicht allein. Doch die Kombination dieser beiden Grundsätze, nämlich ein freier Markt und eine soziale Grundabsicherung, ist prägend für das deutsche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell und hat für bemerkenswerten Wohlstand gesorgt.

„Vater“ der Sozialen Marktwirtschaft

Zu verdanken ist diese Entwicklung unter anderem dem zweiten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard. 1948 erklärte er mit der Wirtschafts- und Währungsreform das Ende der Zwangswirtschaft und die Einführung der D-Mark. Die Währungsreform gilt deshalb gemeinhin als die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft. Doch der Gedanke der Wirtschaftsform selbst liegt viel weiter zurück und baut auf dem Neoliberalismus auf. Diese Strömung entwickelte sich als Gegenbewegung zum Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts und zur Planwirtschaft von Kommunisten und



15 Prinzipien

1. Grundprinzip

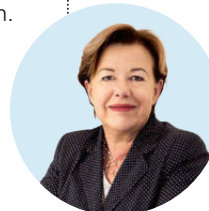
Das marktwirtschaftliche Grundprinzip umfasst die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems unter Wettbewerbsbedingungen.

2. Primat der Währungspolitik

Das Preisniveau sollte stabil gehalten werden, da die Impulse für die Entwicklung des Wirtschaftsprozesses von den Preisen ausgehen.

Nazis. Im Laissez-faire greift der Staat überhaupt nicht in das Marktgeschehen ein. Der Neoliberalismus dagegen befürwortet staatliche Eingriffe, wenn sie etwa die Bildung von Monopolen verhindern oder das Marktgeschehen fördern. Einen Schritt weiter geht eine deutsche Variante des Neoliberalismus – der sogenannte Ordoliberalismus, der sich in den 1920er-Jahren entwickelte. Nach der Auffassung der Ordoliberalen um den Volkswirtschaftler Walter Eucken muss der Staat die Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung schaffen und den freien Wettbewerb schützen. Die Marktwirtschaft brauche Regeln und Frei-

»Die Rolle des Staates und staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft wird unterschätzt.«



Prof. Renate Köcher,
Geschäftsführerin am Institut
für Demoskopie Allensbach

heit, um die Entstehung wirtschaftlicher Macht zu verhindern. „Dies bedeutet, dass die Marktteilnehmer nicht in der Lage sein sollen, anderen ihren Willen aufzuzwingen, zum Beispiel in Form hoher Preise“, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Lars P. Feld in einer Studie zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. „Eine funktionierende Marktwirtschaft erfüllt bereits von selbst eine wichtige soziale Funktion, indem sie den Menschen ermöglicht, selbstständig und bestmöglich für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, ohne wirtschaftlicher Macht ausgesetzt zu sein.“ Das „Soziale“ stärkt also die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs.

Der Grundgedanke

Neben Ludwig Erhard forderte vor allem der Ökonom Alfred Müller-Armack, der in den 1950ern unter Erhard im Wirtschaftsministerium arbeitete, das marktwirtschaftliche System, um den sozialen Ausgleich zu ergänzen. Er definiert die Soziale Marktwirtschaft als „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte verbunden mit dem des sozialen Ausgleichs“. Seine These: Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht auch sozialstaatliche Elemente wie Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. Müller-Armack betone, dass durch die hohe Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft überhaupt erst die Möglichkeit entstehe, „außerwirtschaftliche Ziele nachdrücklich zu verfolgen“, erklärt Feld. Konkret benennt Müller-Armack drei Arten von sozialstaatlichen Maßnahmen: die Absicherung von Risiken durch die Systeme der Sozialversicherung, eine Korrektur der primären Einkommensverteilung durch das Steuersystem und Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit. Auf dieser theoretischen Basis führte Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in seiner Zeit als Wirtschaftsminister in Deutschland ein. „Ludwig Erhard war meisterlich darin, ökonomische Unabdingbarkeiten auch gegen Widerstände präzise und verständlich zu artikulieren“, erklärt Roland Koch, früherer Ministerpräsident von Hessen und heute Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Dazu gehöre auch Erhards Aussage, nach der kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat. „Was durch einen sozialen Ausgleich umverteilt werden soll, muss zuvor erwirtschaftet werden.“

Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Auf Grundlage der Überlegungen rund um die Soziale Marktwirtschaft ergeben sich 15 Prinzipien, die Ökonom Feld in seiner Studie definiert (siehe mittlere Spalte). Für Ralf Fücks, früherer Grünen-Politiker und heute Geschäftsführer des Zentrums Liberale Moderne, sind Chancengerechtigkeit,



»Eine funktionierende Marktwirtschaft erfüllt bereits von selbst wichtige soziale Funktionen.«

3. Offene Märkte

Wettbewerb ist nur dann gesichert, wenn neue Konkurrenten den Markt betreten können. Innerhalb einer Volkswirtschaft bedeutet das Prinzip, dass der Staat freie Berufswahl, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ermöglichen soll.

4. Privateigentum

Der Wirtschaftsprozess kann nur dezentral durch die Konsumenten gelenkt werden, wenn jeder Mensch frei über sein Privateigentum und seine Handlungsfreiheit verfügt.

5. Vertragsfreiheit

In einer freien Marktwirtschaft muss es den Menschen möglich sein, Verträge gemäß ihren eigenen Wünschen und wirtschaftlichen Plänen zu schließen.



Prof. Lars P. Feld,

Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, und Direktor des Walter Eucken Instituts

keit, Aufstieg durch eigene Leistung, Unternehmertum und Sozialpartnerschaft zentrale Säulen einer Sozialen Marktwirtschaft. „Am wichtigsten scheint mir aber, dass sie breiten Schichten die Furcht vor dem sozialen Absturz genommen hat. Die Absicherung gegen die Armutsrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter ist eine Bedingung gelebter Freiheit.“ Roland Koch betont vor allem den Wettbewerb, der den Leistungswillen und den Ideenreichtum von Konsumenten und Produzenten ansporne und Innovationen hervorbringe: „Die bessere Leistung setzt sich auf dem Markt durch und beseitigt Ineffizienzen. Der Trick an der Sache ist, dass das individuelle Streben nach Erfüllung der eigenen Wünsche und Präferenzen zum Wohle aller geschieht und so ‚Wohlstand für Alle‘ geschaffen wird.“ Nach Sarah Necker, Leiterin des Ludwig Erhard ifo Forschungszentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik, ist das Prinzip der freien Preisbildung zentral. „Im Rahmen der jüngsten Krisen sind die Preise stark gestiegen und Forderungen nach Preisregulierungen laut geworden.“ Gemäß dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sollte eine Einmischung des Staates nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geschehen.

Die Prinzipien werden missachtet

Doch das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft bröckelt – nicht zuletzt unter dem Druck von Inflation, Energiekrise und den wirtschaftlichen Folgen durch die Pandemie. Der Wohlstandsverlust wird schon jetzt in vielen Bereichen deutlich. Für Sarah Necker gibt es ak-

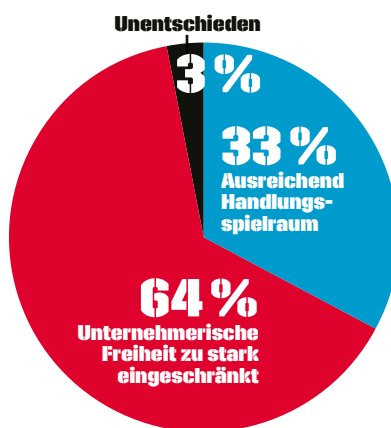
Wie ist es um die Soziale Marktwirtschaft bestellt?

Das hat das Institut für Demoskopie Allensbach für Gesamtmetall herausgefunden.

Die meisten Führungskräfte sehen den Handlungsspielraum für Unternehmen eingeschränkt – die Bevölkerung nicht

FRAGE: „Haben die Unternehmen in Deutschland ausreichend Handlungsspielraum, oder wird die unternehmerische Freiheit durch staatliche Regulierung zu stark eingeschränkt?“

Spitzenkräfte insgesamt



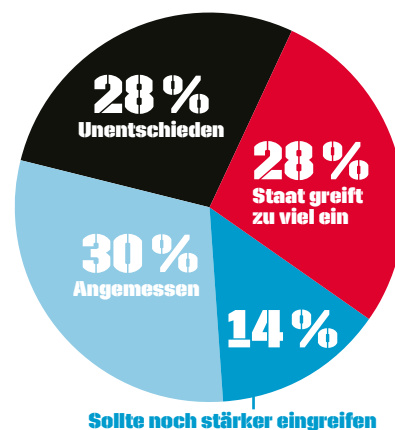
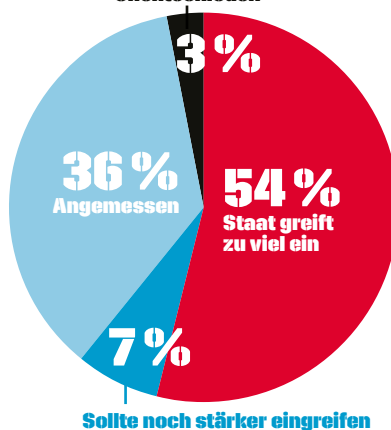
Bevölkerung insgesamt



Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht, dass der Staat zu stark in die Wirtschaft eingreift – anders als die Führungskräfte

FRAGE: „Wenn Sie einmal an die derzeitigen Krisen denken: Greift der Staat zu viel in die Wirtschaft ein, oder müsste er noch stärker eingreifen, oder ist das alles in allem angemessen?“

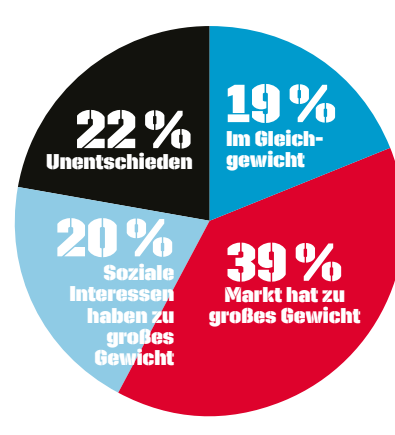
Unentschieden



Die meisten Führungskräfte sehen Markt und soziale Interessen im Gleichgewicht – die Bevölkerung nicht

FRAGE: „Ist unsere Soziale Marktwirtschaft ausgewogen, sind Markt und soziale Interessen weitgehend im Gleichgewicht, oder hat eines von beiden, der Markt oder die sozialen Interessen, ein zu großes Gewicht?“

Unentschieden



tuell „eine starke Tendenz dazu, für die Lösung aller Probleme nach dem Staat zu rufen. Das ist sicherlich unter anderem durch die Krisenpolitik bedingt, die den Leuten gezeigt hat, dass sie sich auf den Staat als Problemlöser verlassen können. Manche nennen das eine ‚Vollkasko-Mentalität‘.“ Die Soziale Marktwirtschaft beruhe aber auf der Idee, dass Individuen und Unternehmen eigenverantwortlich sind. Dazu zähle auch, die Haftung für Risiken zu übernehmen. Deswegen sollte der Staat Eingriffe ins Marktgeschehen vermeiden und sich vorrangig darauf konzentrieren, die Spielregeln zu definieren und die Einhaltung dieser Regeln zu überwachen. Ralf Fücks sieht das ähnlich: „Jeder fordert, ohne sich gefordert zu fühlen. Wenn die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialen Leistungen verloren geht, gerät das System in die Krise.“

Auch Roland Koch appelliert zu mehr eigenverantwortlichem Handeln. Wenn Unternehmen und Privatpersonen eigene Entscheidungen treffen können, führe dies durch die Beschaffenheit der Sozialen Marktwirtschaft zu einem schonenden Umgang mit knappen Ressourcen und biete Anreiz für Investitionen. Denn jede und jeder könne für das eigene Handeln haftbar gemacht werden und handle dementsprechend eigenverantwortlich. Zugleich bestehe aber auch die Chance auf eine Gewinnmaximierung und damit auf eine Vergrößerung des eigenen Wohlstands. Zudem warnt Koch vor einer gefährlichen „Regulierungswut“. Der Staat mische sich mit bürokratischer Planung, Subventionen und Verboten in viel zu viele Bereiche ein, die in einer marktwirtschaftlichen Ordnung den privaten Akteuren überlassen bleiben können und müssen. „Ich werbe für mehr Vertrauen in Marktprozesse, die ergebnisoffen und letztlich auf die Befriedigung der Konsumentenwünsche ausgerichtet sind.“ Ludwig Erhard habe 1948 eben nicht durch Pessimismus und den Glauben an die Allmacht des Staates, sondern erst durch den Mut zur Marktwirtschaft und die Freigabe der Preise als entscheidenden Schritt das sogenannte Wirtschaftswunder ausgelöst und die Grundlage für ‚Wohlstand für Alle‘ geschaffen. Auch Marcel Fratzscher sieht die zunehmende Verschiebung der Verantwortlichkeiten problematisch – etwa international mit Blick auf den Klimawandel. Für den Ökonomen liegt die Schwäche der Sozialen Marktwirtschaft darin, „dass Akteure und Akteurinnen nicht die Verantwortung für ihr Handeln tragen, sondern diese auf andere Länder und andere Gruppen innerhalb der Gesellschaft abschieben.“

In der Frage, wie es um die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland bestellt ist und wie stark der Staat sich in die Wirtschaft einmischen



6. Haftung

Alle Marktteilnehmer sollen Verantwortung für ihr wirtschaftliches Handeln übernehmen und Risiken entsprechend abwägen.

7. Konstanz der Wirtschaftspolitik

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine vorausschauende Planung ermöglichen.

8. Monopolkontrolle

Die Wettbewerbsbehörde soll aktiv gegen Monopole, Kartelle und jede Form der Behinderung von Wettbewerb vorgehen.

9. Einkommenspolitik

Über eine progressive Besteuerung der Einkommen soll ein von der Gesellschaft definiertes minimales Einkommen für alle sichergestellt werden.

darf und soll, sind sich Unternehmen und Bevölkerung uneinig. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Gesamtmetall (Ergebnisse siehe Seite 13). Demnach findet mehr als die Hälfte der befragten Führungskräfte, dass der Staat aktuell zu viel in die Wirtschaft eingreift. In der Bevölkerung sehen das gerade mal etwas über ein Viertel der Befragten genauso. 14 Prozent würden sogar gern mehr staatliches Eingreifen sehen. „Die Rolle des Staates und staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft wird in ihrer Bedeutung von vielen unterschätzt“, erklärt Renate Köcher, Geschäftsführerin am Allensbach-Institut und Leiterin der Umfrage. Zwar registriere die Mehrheit der Bevölkerung, dass der Staat in den letzten Jahren stärker in die Wirtschaft eingegriffen hat. Aber nur eine Minderheit habe den Eindruck, dass die Interventionen mittlerweile überhandnehmen. Ebenfalls weit auseinander liegen die Meinungen von Bevölkerung und Spitzenkräften bei der Frage, wie viel Handlungsspielraum Unternehmen in Deutschland noch haben. Zwei Drittel der befragten Spitzenkräfte kritisieren eine zu starke Einschränkung durch staatliche Regulierung. „In der Bevölkerung stimmt nur jeder Dritte dieser Diagnose zu, aber auffallend viele trauen sich kein Urteil zu“, erklärt Wissenschaftlerin Köcher.

Wie viel sozialer Ausgleich ist gut?

Einig sind sich Bevölkerung und Führungskräfte darüber, dass die beiden Säulen der So-

»Die Soziale Marktwirtschaft muss sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen.«

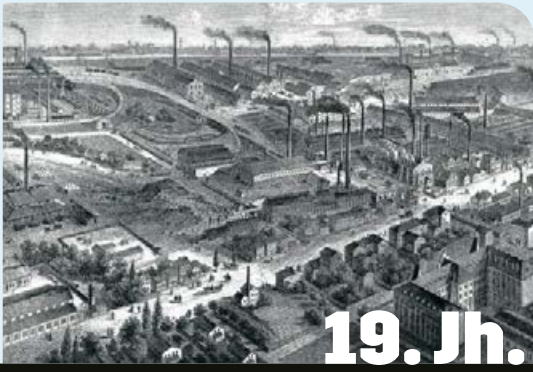


Prof. Sarah Necker,

Leiterin Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomie

Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft

Vor 75 Jahren wurde die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland eingeführt.
Doch die Grundgedanken reichen weiter zurück. Eine Spurensuche.



19. Jh.

Industrialisierung

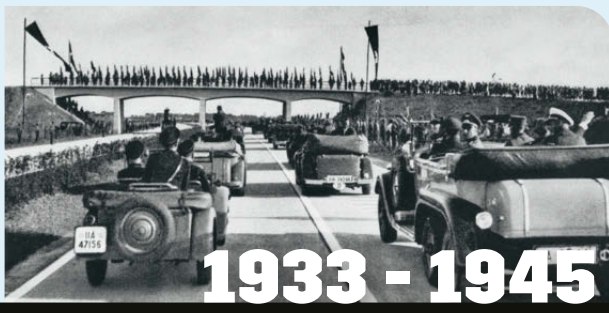
Mit der rasanten technischen Entwicklung gehen viele soziale Probleme einher. Als Antwort auf die sogenannte Soziale Frage entsteht die moderne Sozialpolitik.

Weltwirtschaftskrise in Deutschland

Nach dem Börsencrash gerät auch die deutsche Wirtschaft ins Wanken. Viele Menschen verlieren Vermögen und Beruf.



1930er



1933 - 1945

Planwirtschaft im NS-Staat

Die staatlich kontrollierte Wirtschaft mit festgeschriebenen Preisen verschärft die Mangelwirtschaft.



1948

Die Gründung der Bank deutscher Länder

Als erste trizonale deutsche Institution ist die Bank deutscher Länder eine wichtige Voraussetzung für die Währungsreform.



1948

Die Einführung der D-Mark

Die Währungsreform markiert den Zeitpunkt, zu dem die Marktwirtschaft (wieder)eingeführt wurde und das Wirtschaftswunder begann.



1930er bis 1950er

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft (von links): Ludwig Erhard führte die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ein auf Grundlage der Gedanken der Ökonomen Alfred Müller-Armack und Walter Eucken.

Das Grundgesetz wird verabschiedet

Konrad Adenauer unterschreibt am vierten Jahrestag der Kapitulation das Grundgesetz. Zentrale Säulen sind die Grundrechte sowie die föderale Struktur.



1949



Wirtschaftswunder in Westdeutschland

Der rasante wirtschaftliche Aufschwung und der wachsende Wohlstand sind deutlich wahrnehmbar. Neue Unternehmen kommen auf den Markt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig und viele deutsche Waren, wie etwa der VW-Käfer, werden zu Exportschlägern.

Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR

Am 1. Juli 1990 übernimmt die DDR das westdeutsche Wirtschaftssystem. Wenig später vollendet der Einigungsvertrag die deutsche Einheit.



Agenda 2010

Deutschland gilt als „kranker Mann Europas“. Unter Gerhard Schröder folgen umfassende Reformen für den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem.



Vertrag von Lissabon

Mit Artikel 3 des Vertrages von Lissabon wird die Soziale Marktwirtschaft als Leitbild und Ziel Teil des europäischen Rechts. Er tritt 2009 in Kraft.

Versechsfachung der Löhne seit 1950

Die Soziale Marktwirtschaft erweist sich als tragfähig und sichert den Wohlstand über Jahrzehnte.



»Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft wird sich an der ökologischen Frage entscheiden.«



Ralf Fücks,

Geschäftsführender Gesellschafter
des Zentrums Liberale Moderne



10. Wirtschaftsrechnung

Dieses Prinzip impliziert Lenkungsabgaben („Pigou-Steuer“), die negative externe Effekte, wie Umweltzerstörung, mit Kosten belegen und somit reduzieren.

11. Anomales Verhalten des Angebots

Falls trotz sinkender Löhne eine Ausweitung des Arbeitsangebots stattfindet – etwa weil die materielle Not entsprechend groß ist –, soll der Staat korrigierend eingreifen und einen Mindestlohn schaffen.

12. Tarifautonomie

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben das Recht, Kollektivverträge über die Lohn- und Arbeitsbedingungen (Tarifverträge) unabhängig von staatlicher Einflussnahme abzuschließen.

des Sozialstaats“, erklärt er. Das hatte zur Folge, dass Investitionen in das Bildungssystem, die Forschung sowie die Modernisierung der Infrastruktur zu kurz kamen. Zugleich wurde die unternehmerische Handlungsfähigkeit durch immer mehr bürokratische Vorschriften eingeschränkt, so Fücks. „Das lähmt den Gründergeist und die ökonomische Dynamik. Entbürokratisierung ist eine der dringendsten Anliegen, wenn wir die Marktwirtschaft wieder flottmachen wollen.“

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch Marcel Fratzscher: „Eine Marktwirtschaft kann nur dann gut funktionieren, wenn es auch einen Sozialstaat und einen sozialen Ausgleich gibt. Davon sind wir heute weit entfernt.“ Das zeige sich etwa bei der geringen Bildungsmobilität. „In fast keinem Industrieland hängen die Bildungschancen so stark von Einkommen und Bildungsgrad der Eltern ab wie in Deutschland.“ Fratzscher ist überzeugt: „Wir werden nur dann Innovation und Fortschritt durch unsere Marktwirtschaft erzielen können, wenn die Sozialsysteme ihre Aufgabe der Chancengleichheit auch erfüllen können.“

Aktuelle Herausforderungen überwinden

Aber auch die andere Säule der Sozialen Marktwirtschaft schwankt gewaltig. Besonders in den vergangenen Jahren habe die Bedeutung

»Die Soziale Marktwirtschaft ist die beste Ordnung, um den Spagat zwischen Veränderung und sozialer Akzeptanz herzustellen.«



Prof. Marcel Fratzscher,

Präsident des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung (DIW)

zialen Marktwirtschaft aus dem Gleichgewicht geraten sind. In den beiden Gruppen sagen das jeweils die Hälfte der Befragten. Aber: Während 38 Prozent der Führungskräfte soziale Interessen zu stark betont sehen, ist ein nahezu gleicher Anteil der Bevölkerung überzeugt, dass der Markt zu großes Gewicht habe. „Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Deutschland einen leistungsfähigen Sozialstaat attestiert, sind durchaus viele überzeugt, dass die soziale Absicherung noch weiter ausgebaut werden müsste“, sagt Köcher. Gleichzeitig fehle teilweise das Bewusstsein, dass funktionierende Märkte die Voraussetzung für große Spielräume sind. Fakt ist: Der Anteil staatlicher Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 1960 bei knapp 18 Prozent. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales liegt die Sozialleistungsquote mittlerweile bei über 33 Prozent. Auch die Sozialabgaben sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Knapp 41 Prozent des Arbeitseinkommens müssen verheiratete Paare mit zwei Kindern durchschnittlich für Steuern und Abgaben abführen, Alleinstehende knapp 48 Prozent. Zum Vergleich: Im OECD-Durchschnitt müssen Singles nur rund 34,6 Prozent abgeben. Roland Koch sieht die zunehmende Belastung kritisch. Werde das Sozialsystem zu stark ausgereizt, gingen die Leistungsanreize in der Gesellschaft zurück. Das führe letztlich dazu, dass weniger finanzielle Mittel für soziale Maßnahmen zur Verfügung stehen als zuvor. „Die aktuelle Staatsquote von nahe 50 Prozent muss zurückgeführt werden, indem dem privaten Sektor konsequent Vorrang vor staatlicher Tätigkeit eingeräumt wird“, fordert Koch.

Auch Ralf Fücks sieht eine zu starke Gewichtung der sozialen Abgaben: „In den letzten Jahrzehnten betrieb die Politik – egal in welcher Regierungskonstellation – vor allem den Ausbau



»Wettbewerb verhindert den Aufbau von Machtpositionen und spornt den Leistungswillen an.«

Prof. Roland Koch,
Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

marktwirtschaftlicher Prinzipien abgenommen, sagt Sarah Necker. „Wir stehen vor großen Herausforderungen, beispielsweise dem Klimawandel, der Digitalisierung und dem demografischen Wandel. Zur Lösung dieser Probleme wäre eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien wichtig“, resümiert Necker.

Für Marcel Fratzscher liege die Schwierigkeit für die Überwindung der Herausforderungen darin, dass alle Länder global miteinander kooperieren müssen und ein breiter Konsens unabdingbar sei. Doch an sozialer Akzeptanz für notwendige Maßnahmen mangle es derzeit, wie die Diskussion um das Heizungs-gesetz im Sommer zeige. Der DIW-Präsident ist überzeugt, „dass die Soziale Marktwirtschaft die beste Ordnung und der geeignetste Gesellschaftsvertrag ist, um diesen Spagat zwischen Veränderung und Transformation auf der einen Seite und Konsens und sozialer Akzeptanz auf der anderen Seite herzustellen.“ Weder ein autokratisches Regime wie in China noch ein stark marktwirtschaftlich ausgerichtetes System wie in den USA werde diese Herausforderung langfristig stemmen können. „Aus diesem Grund bin ich optimistisch, dass Deutschland und Europa eine wichtige Rolle in diesen Transformationen global spielen können – wenn sie denn wollen.“

13. Subsidiarität

Größtmögliche Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Wo dies nicht ausreichend möglich ist, muss der Staat unterstützend eingreifen.

14. Markt-konformität

Marktkonform sind staatliche Eingriffe, die den sozialen Zweck sichern, ohne dabei den Preis-mechanismus zu verändern.

15. Äquivalenz-prinzip

Die Systeme der Sozialversicherung werden vor allem als Instrumente der Selbsthilfe verstanden, deren Leistungsniveau in engem Zusammenhang mit den eingezahlten Beiträgen stehen soll. Diese Maxime ist als Äquivalenzprinzip (oder Versicherungsprinzip) bekannt.



Auch Roland Koch ist überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft die geeignete Wirtschaftsform ist, um die Herausforderungen erfolgreich zu meistern. „Die Europäische Union, in deren Statuten der Wettbewerb und das Prinzip offener Märkte verankert ist, könnte und sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen“, fordert Koch.

„Zur Lösung der globalen Probleme, beispielsweise des Klimawandels, braucht es internationale Koordination“, findet auch Sarah Necker. Das ökonomisch sinnvollste Instrument zur Verringerung von CO₂-Emissionen sei eine internationale Bepreisung beispielsweise durch Emissionshandel. Doch gerade wenn es um die Umsetzung in der Praxis gehe, seien internationale Lösungen nur schwer erreichbar. Hier könne Deutschland möglicherweise eine Vorreiterrolle einnehmen, „indem wir zeigen, dass Klimaschutz mit wirtschaftlichem Wohlstand vereinbar sein kann. Denn nur so werden andere Länder langfristig mitziehen.“

Rückbesinnung auf die Ursprünge

Doch dafür braucht es womöglich eine Erneuerung oder eine Rückbesinnung. „Schon die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft waren sich darüber im Klaren, dass sich die Soziale Marktwirtschaft an veränderte Rahmenbedingungen anpassen muss“, erklärt Sarah Necker. Die Fähigkeit, sich auf neue Anforderungen einzustellen, „war stets eine große Stärke der Sozialen Marktwirtschaft.“ Aktuell sei es eine der größten Herausforderungen, Wettbewerb, sozialen Ausgleich und Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Auch Ralf Fücks plädiert für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, um die mit den gegenwärtigen Megatrends verknüpften Probleme zu bewältigen: „Klimawandel, Krise der Globalisierung, demografischer Wandel und digitale Revolution. Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft wird sich vor allem an der ökologischen Frage entscheiden.“ Das bisherige Wachstumsmodell basiere auf der Externalisierung von Umweltkosten und der scheinbar unbegrenzten Verfügbarkeit fossiler Energien. Doch dieses Modell stoße jetzt an seine Grenzen. „Statt die Marktwirtschaft abzuschaffen, geht es darum, ihre Innovationskraft für den Übergang in eine postfossile Industriegesellschaft zu nutzen.“ Roland Koch hingegen warnt vor dem Umbau in eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft. Denn der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft enthalte mit den Instrumenten, die nicht Verbote, sondern marktwirtschaftliche Anreize in den Vordergrund stellen, bereits alles, was für ökologisch verträgliches und somit nachhaltiges Wirtschaften nötig sei. 



»Gerade in so einer massiven Umbruchphase geostrategischer Natur muss man ganz besonders sensibel mit solchen Richtlinien und Gesetzen für Unternehmen umgehen.«

Dr. Elisabeth Hauschild,
Generalbevollmächtigte für
Außenbeziehungen und Politik bei Diehl



Sorgen Sie sich um die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

Hauschild: Wir spüren auf jeden Fall Irritationen am internationalen Markt. Ich war gerade kürzlich in Washington, wo man in der Regierung-administration zu der Vorlage unter anderem des EU-Lieferkettengesetzes fragte: Was wollt ihr eigentlich mit den verschiedenen Berichtspflichten? Was kommt da noch? Wie wirkt sich dies auf unsere Handelsbeziehungen aus? Es schafft auch Unsicherheit beim Agieren deutscher beziehungsweise europäischer Unternehmen im Ausland verbunden mit der Frage: Wenn ich die Compliance-Anforderungen nicht so umsetze oder nicht so umsetzen kann, werde ich dann von Aufträgen hier ausgeschlossen? Wir hören von anderen Unternehmen, dass sie daher aus bestimmten Ländern herausgehen. Damit wäre der Idee des Lieferkettengesetzes aber entgegengewirkt: Es kann ja nur wirksam sein, wenn deutsche und europäische Unternehmen weiterhin international unterwegs sind und vielleicht durch ihr Agieren Standards in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte oder die Umwelt mitentwickeln können. Es würde der Differenzierung von Lieferketten und der Stabilisierung der Wirtschaft zuwiderlaufen.

Klingt, als ob Sie ein Gesetz nicht für den richtigen Weg zu Verbesserungen in den Bereichen Umwelt, Klimaschutz und Menschenrechten halten ...

Hauschild: Das ist tatsächlich die Frage. Wenn man als deutsches Unternehmen auf einen Minenbetreiber im Ausland einwirken will, kommt man an seine Grenzen. Man müsste das zumindest immer im Schulterschluss mit der Politik handhaben können. Und dadurch, dass verschiedene Länder, wie gerade China oder auch die Schweiz, hier beim Lieferkettengesetz nicht mit drin sind, ist das problematisch. Hier werden die Unternehmen in einer Weise in Haftung genommen, die den Rahmen sprengt. Analog zu bestehenden ISO-Zertifizierungsprozessen wie ISO 14001 (Umwelt) oder 9001 (Qualität) kann zur Nachhaltigkeit, Due Diligence, Compliance und Einhaltung von Menschenrechten ein Standard gesetzt werden – unabhängig von dieser Lieferketten-Gesetzgebung. Schon heute wird ja mit den Zertifizierungsprozessen Due Diligence und Compliance adressiert.

Die EU-Lieferkettenrichtlinie wäre ja noch mal härter als das deutsche Lieferkettengesetz. Wie bewerten Sie das?

Hauschild: Erstens, die Unternehmen sollen über Tier 1 hinaus verantwortlich sein für das, was im zweiten, dritten oder vierten Glied der Lieferkette und zudem im Bereich der Wertschöpfungsket-

Diehl

Diehl ist ein Familienunternehmen mit Hauptsitz in Nürnberg und einer langen Tradition, die bis ins Jahr 1902 zurückreicht. Das Unternehmen ist in fünf Teilkonzerne gegliedert: Aviation, Metall, Defence, Controls und Metering. Rund 16.550 Mitarbeitende produzieren an 89 Standorten unter anderem Zellkontaktiersysteme für Elektroautos, die Inverter für Wärmepumpen, Kabinenausstattung und Steuerungselektronik für Flugzeuge und Luftverteidigungssysteme für die Streitkräfte. Der Konzernumsatz der Diehl-Gruppe lag 2022 bei über 3,5 Milliarden Euro.

te stattfindet. Diehl hat 16.000, vielleicht auch 20.000 oder mehr, direkte Zulieferer, allein also im Bereich Tier 1. Und unabhängig von der Anzahl an Zulieferern: Jemanden haftbar zu machen für Aktivitäten, die weiter unten oder oben in der Lieferkette stattfinden und die man nicht unmittelbar beeinflussen kann, halten wir für sehr fragwürdig. Beispiel: Diehl Aerospace kauft eine Elektronik bei Zulieferer X, in der sich Chips der Firma Y befinden. Y muss dann den Code of Conduct der EU akzeptieren und seine Zulieferer im Auftrag von Diehl zertifizieren, woher sie ihre Materialien beziehen etc. – und dies ist ein Beispiel von 16.000 oder 20.000en. Dies ist für Firmen, für kleinere Firmen insbesondere, realistisch nicht darstellbar. Außerdem sind die sogenannten Sekundärrohstoffe nicht ausgenommen. Wir arbeiten vor allem mit dem Rohstoff Kupfer und holen zum überwiegenden Teil Kupfer aus Schrotten (Sekundärrohstoff) heraus. Kupfer ist zu 100 Prozent recycelbar. Ich kann aber diesem Kupferatom im Schrott nicht ansehen, ob es vor 2.000 Jahren in Mitteldeutschland geschürft wurde, unter den damaligen Bedingungen, oder eben vor sechs Wochen in Afrika oder Südamerika. Wenn die Sekundärrohstoffe nicht von der europäischen Lieferkettenrichtlinie ausgenommen werden, würde das bedeuten, dass die Kreislaufwirtschaft ein riesenproblem hätte, denn kein Unternehmen arbeitet gerne in einem Graubereich. Auch die geplanten Sanktionen und die zivilrechtlichen Haftungen bewerten wir als sehr kritisch. Da muss noch etwas passieren. Zudem sollte eine viel deutlichere Differenzierung zwischen den Branchen durchgeführt werden.

Welche Konsequenzen erwarten Sie, wenn das Gesetz so verabschiedet wird?

Hauschild: Familienunternehmen handeln und denken über Generationen hinweg, auf die Wertschöpfung in Deutschland legen wir besonders viel Wert. Viele Unternehmen scheinen Standortfragen schnell zu stellen und anders zu beantworten. Die eigentliche Frage ist doch: Wann nehmen bürokratische Regelungen und Unsicherheiten so überhand, dass sich ein Unternehmen an diesem Standort nicht mehr lohnt? Deshalb sind wir ja gerade so interessiert – und tun das auch –, mit den Gesetzgebern im engen, konstruktiven Dialog zu stehen, um umsetzbare Lösungen zu erzielen.

Würden sich Unternehmen auf freiwilliger Basis auch ohne Lieferkettengesetze ausreichend mit Nachhaltigkeitskriterien und Klimaschutz beschäftigen?

Hauschild: Ein Unternehmen wie Diehl hat ja auch immer das Thema der Reputation, des Anspruchs und des eigenen Wertegefüges. Es hat im-



mer eine große Rolle gespielt, mit wem wir Handel betreiben und in welche Märkte wir hineingehen. Nicht nur im militärischen Bereich nehmen wir das sehr ernst. Der militärische Bereich ist natürlich ein schon immer streng regulierter Markt, wo die Politik die Rahmenbedingungen vorgibt. Aber wir definieren auch von uns aus bewusst Bereiche, wo wir nicht investieren oder in den Export gehen würden. Gerade Familienunternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie solche Dinge schon immer sehr ernst genommen haben. Aber auch DAX-Unternehmen, die viel stärker in Abhängigkeit von Fondsgesellschaften und von Banken sind, wurden gerade durch die Nachhaltigkeitsziele der UN oder die Taxonomie-Diskussion sehr stark motiviert, sich zu überlegen, was man wie und wo wirtschaftlich tut. Die Sensibilität ist mittlerweile sehr groß geworden.

Stichwort Taxonomie: Zum Lieferkettengesetz hinzu sollen weitere Berichtspflichten wie CSRD oder soziale Taxonomie kommen. Was bedeutet das für Diehl?

Hauschild: Natürlich ist das Aufwand. Wenn wir uns über unseren CO₂-Fußabdruck Gedanken machen und unsere Prozesse durchleuchten, ist das sehr positiv. Aber der Punkt ist, die Unternehmen zu fragen, was wirklich umsetzbar ist. Im Bereich Umweltkriterien sind Grenzwerte ja noch einigermaßen objektiv zu bewerten. Aber soziale Kriterien sind sehr subjektiv.

Die Taxonomie-Verordnung liefert da ein Beispiel aus einer ihrer Branchen. Vor dem Ukrainekrieg sollten Rüstungsgüter als nicht nachhaltig eingestuft werden. Dann änderte sich das. Was sagt das aus?

Hauschild: Ihre Frage impliziert die Antwort:

Zur Person

Dr. Elisabeth Hauschild ist die erste und bisher einzige Frau als Generalbevollmächtigte bei Diehl – zuständig für Außenbeziehungen und Politik. Die studierte Biologin und Biochemikerin war immer wieder Pionierin in vermeintlichen Männerdomänen: als Tiefseeforscherin in den USA, als Vorsitzende der Reservistenhochschulgruppe Konstanz oder innerhalb der Bundeswehr als Vorgesetzte von Soldaten (bevor sich die Bundeswehr für Frauen in der regulären Laufbahn öffnete). Seit 2004 ist sie für Diehl tätig.

dass es in diesen Bereichen schwierig ist, Standards setzen zu wollen. Wir können uns bestimmte Werte und Standards in der westlichen Welt geben und versuchen, danach zu leben. Aber wir sollten uns immer bewusst sein, dass mal eine unvorhergesehene Situation unseren Wertekanon zur Neubewertung zwingen kann. So mussten wir in den letzten 19 Monaten schmerzlich feststellen, dass Sicherheit von unschätzbarem Wert ist und es sich lohnt, sich dafür einzusetzen. Dies schließt gut ausgerüstete Sicherheitsorgane mit ein.

Und nun die Masterfrage: Wie sollten denn Lieferkettengesetze und Berichtspflichten gestaltet sein, damit sie ihr Ziel erreichen und praktisch umsetzbar sind?

Hauschild: Ich würde mir wünschen, dass das deutsche und europäische Lieferkettengesetz, wie gesagt, um den Paragraphen „Force Majeure“ erweitert wird und man bestimmte Branchen noch zeitweise ausnimmt – zum Beispiel Bereiche, die schon jetzt stark reguliert sind. Der Verteidigungsbereich gehört unter anderem dazu. Auf jeden Fall sollte man jetzt ein bis zwei Jahre Erfahrungen mit dem deutschen Lieferkettengesetz sammeln und Ergebnisse offen und transparent evaluieren. Das EU-Lieferkettengesetz sollten wir so lange zur Seite legen. In der Formulierung, wie es jetzt vorliegt, schadet es den europäischen Unternehmen und unterminiert die Wettbewerbsfähigkeit. Die Marktverflechtung hört mit den europäischen Grenzen nicht auf. Wo werden China und Russland in fünf Jahren stehen? Gerade in so einer massiven Umbruchphase geostrategischer Natur muss man ganz besonders sensibel mit solchen Richtlinien und Gesetzen für die Unternehmen umgehen.

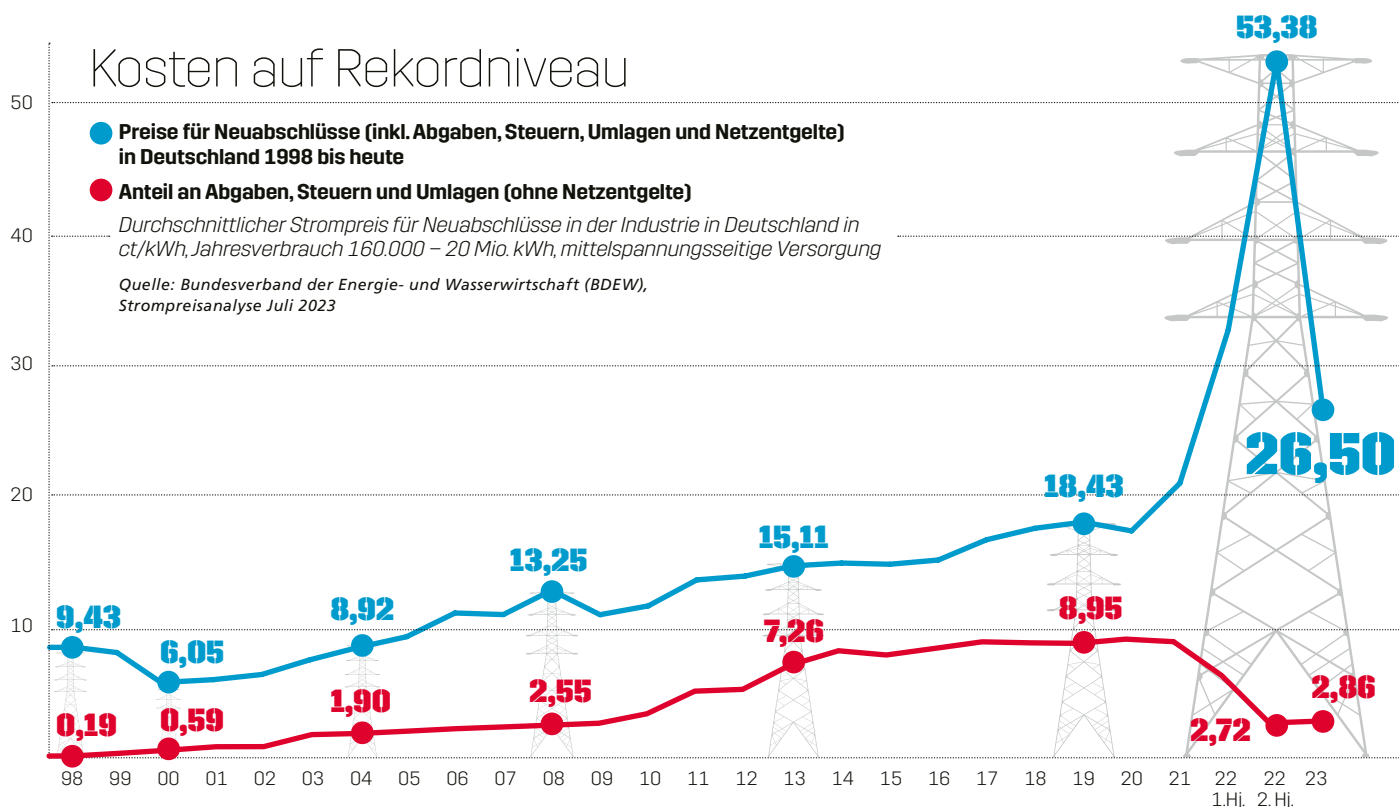
Die Fragen stellte Anika Berger

Warum ist Energie in Deutschland so viel teurer als in anderen Ländern?



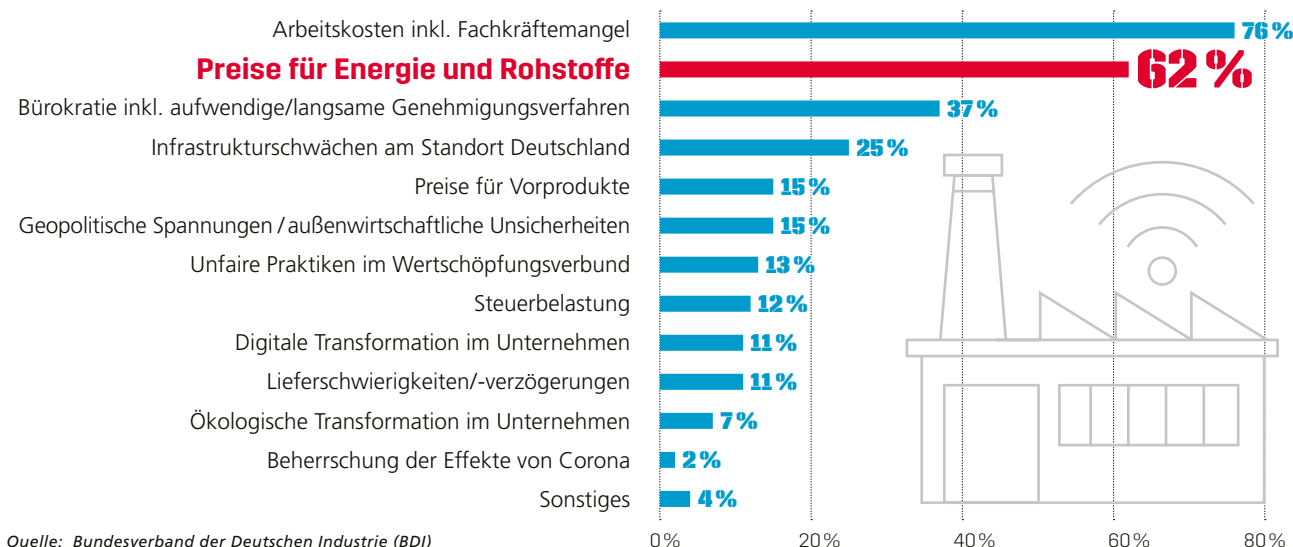
Seit Jahren sind die Kosten für Industriestrom in Deutschland höher als in anderen Industrienationen. Das wird zum Wettbewerbsnachteil für Unternehmen. Wie können wir die Energiekrise überwinden und Energie wieder erschwinglich machen?

Kosten auf Rekordniveau



Energiepreise als Risiko für die Industrie

Welche drei Faktoren fordern Sie unternehmerisch aktuell am meisten heraus? (max. drei Nennungen)



1. Das Problem:

Die Preise für Strom sind in Deutschland auf Rekordniveau. Sowohl der Industriestrompreis als auch die Kosten für Privathaushalte sind deutlich höher als in anderen Industrienationen. Der russische Angriffskrieg hat die Situation zusätzlich verschärft. Innerhalb eines Jahres verteuerten sich die Kosten für Haushaltsenergie um mehr als 35 Prozent. Auch die Industrie ächzt unter den Kosten. Ohne Berücksichtigung der Strompreisbremse stiegen die Preise für Sondervertragskunden, also größere industrielle Letztverbraucher, von Januar 2022 bis Januar 2023 um beinahe 20 Prozent an. Das zeigen Erhebungen des Statistischen Bundesamts.

Diese Entwicklung hat spürbare Auswirkungen auf den Industriestandort. Für fast zwei Drittel der Unternehmen stellen die hohen Energie- und Rohstoffpreise eine Herausforderung dar. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die im Frühling 2023 durchgeführt wurde. Einige Unternehmen reagieren darauf mit Abwanderung. Fast jeder sechste Betrieb verlagert laut BDI bereits Teile der Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland. Fast ein Drittel denkt darüber nach. Die hohen Produktionskosten ziehen noch weitere Folgen nach sich: Importe aus Ländern mit einem niedrigen Energiepreinsniveau werden attraktiver. Auch für Investoren wird

Deutschland zusehends unprofitabel. Die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte sank laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young auf das niedrigste Niveau seit 2013. Noch liegt Deutschland auf Platz drei der beliebtesten Investitionsstandorte in Europa. Doch seit 2017 gehen die Investitionen kontinuierlich zurück. Henrik Ahlers, Vorsitzender der Geschäftsführung bei Ernst & Young, ist beunruhigt über diesen Trend: „Auf der Kostenseite hat Deutschland zuletzt deutlich an Attraktivität verloren – gerade für Industrieunternehmen.“ Das liegt stark an den hohen Energiepreisen.

2. Die Gründe:

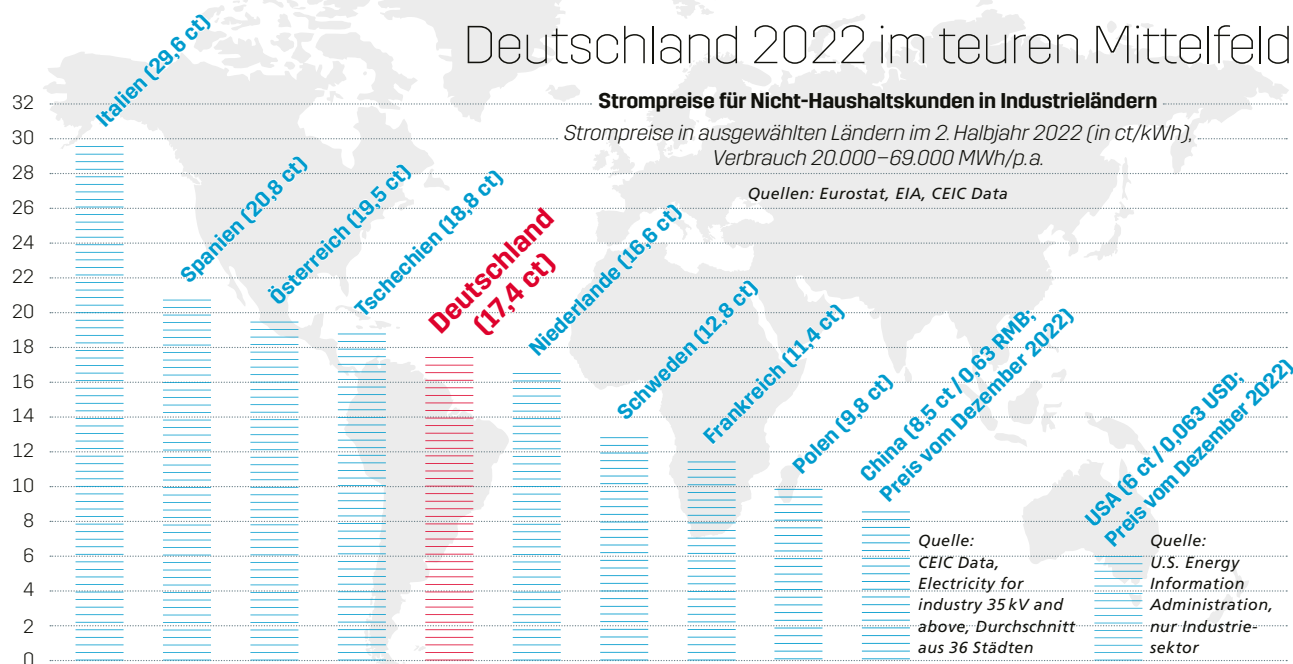
Auch wenn sich der Anteil an Abgaben, Umlagen und Steuern in den vergangenen Krisenjahren verringert hat und die Industrie dadurch weniger zahlt als Privathaushalte, reicht das nicht aus. Noch immer ist der Industriestrompreis deutlich teurer als anderswo. Laut Medienberichten machen in einigen energieintensiven Branchen die Stromkosten längst einen Anteil von noch bis zu 40 Prozent der Gesamtkosten aus. Die Gründe: Netzentgelt, Vertrieb und Beschaffungskosten sind extrem hoch und die Liste der zusätzlichen Abgaben ist lang: Konzessionsabgabe, KWKG-Umlage (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz), § 19 Strom-NEV-Umlage (Netzentgeltverordnung), Offshore-Netzumlage, Umlage für abschaltbare Lasten und Stromsteuer.

Anfang des Jahres wurde zumindest die EEG-Umlage gestrichen. Experten und Verbände bezweifelten schon damals, dass der Wegfall wirklich zu einer Vergünstigung führen würde, da die Entlastung vor allem durch die stark angestiegenen Beschaffungspreise konterkariert wird.

Der Anstieg der Stromkosten in den vergangenen Jahren ist vor allem den hohen Gaspreisen geschuldet. Das liegt am sogenannten Merit-Order-Effekt. Das zugrunde liegende Prinzip: Die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke richtet sich nach dem niedrigsten Preis des Anbieters. Beginnend mit dem günstigsten Angebot, wird ein Kraftwerk nach dem anderen ausgewählt, bis der Strombedarf gedeckt ist. Den attraktivsten Preis können Kraftwerke mit geringen variablen Kosten anbieten, wie etwa Wind- oder PV-Anlagen. Bei hohem Windaufkommen oder starker Sonnenstrahlung kann er gegen null sinken. Wird hingegen zu wenig Strom produziert, steigt der Preis so lange an, bis es sich lohnt, die Gaskraftwerke einzuschalten. Der Preis an den Strombörsen selbst wird deshalb nach dem teuersten Kraftwerk bestimmt. Dass Strom so teuer ist, liegt also auch daran, dass der Ausbau erneuerbarer Energien seit Jahren nicht schnell genug vorangetrieben und oft behindert wird.

Und zu guter Letzt sorgt auch die CO₂-Steuer für steigende Kosten. Um Anreize für die Nutzung von erneuerbaren Energien zu schaffen, ►

Deutschland 2022 im teuren Mittelfeld



müssen seit 2013 alle Kraftwerksbetreiber und Industriebetriebe für das Verbrennen von Kohle oder Gas eine CO₂-Steuer zahlen. 30 Euro ist aktuell der Mindestpreis für die Erzeugung einer Tonne CO₂. Die Abgabe erhöht sich jährlich und liegt 2025 voraussichtlich bei 45 Euro pro Tonne. Umgehen können die CO₂-Steuer bislang nur Selbstversorger. Denn noch stammt ein großer Teil des eingespeisten Stroms aus fossilen Energieträgern. Kann der Strombedarf nur aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, hat die CO₂-Steuer keinen Einfluss auf den Preis. Bei Nutzung von Kohle und Gas sind die Auswirkungen größer.

3. Die Lösung:

Die Bundesregierung will den steigenden Kosten entgegensteuern und hat Ende 2022 die Strompreisbremse beschlossen. Privatpersonen und kleine Unternehmen zahlen von März 2023 bis voraussichtlich Ostern 2024 maximal 40 Cent pro Kilowattstunde (kWh) inklusive aller Steuern, Umlagen und Netzentgelte. Diese Begrenzung gilt für den Basisbedarf von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Für größere Unternehmen liegt die Grenze mit 13 Cent niedriger. Allerdings sind hier noch nicht Steuern, Abgaben und Umlagen eingerechnet. Die Preisbremse gilt zudem nur für 70 Prozent des prognostizierten Verbrauchs. Daran anknüpfend will Wirtschaftsminister Robert Habeck die Unternehmen längerfristig unterstützen. Dafür sieht Habeck ein zweistufiges Maßnahmenpaket vor.

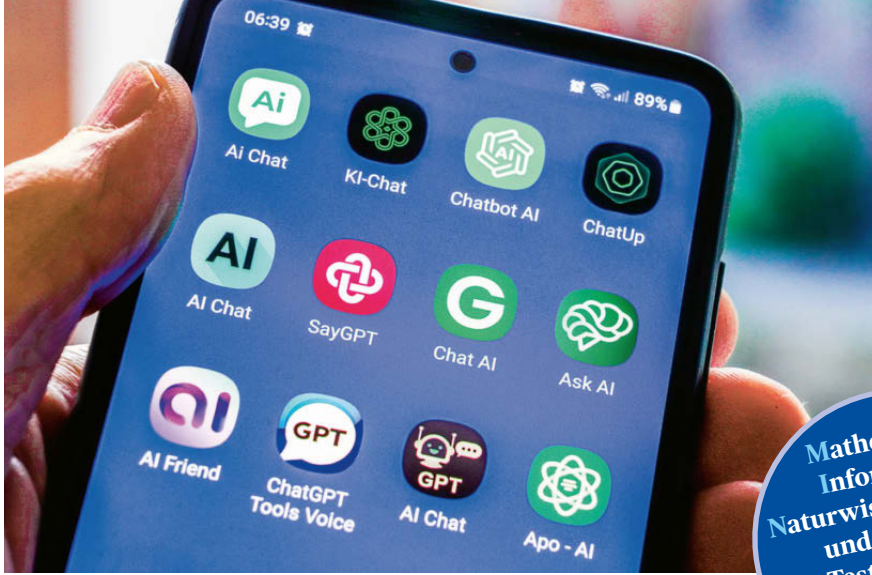
Im ersten Schritt soll bis 2030 der Brückenstrompreis, ein staatlich subventionierter Industriestrom-Tarif, energieintensive Branchen entlasten. Dieser soll sich nach dem durchschnittlichen Börsenstrompreis richten. Der Plan sieht vor, dass energieintensive Unternehmen bei Börsenstrompreisen über sechs Cent pro kWh die Differenz erstattet bekommen. Auch hier gilt die Deckelung nur für 80 Prozent des bisherigen Verbrauchs. Danach folgt die zweite und letzte Phase. „Die Industrie soll von günstigem Strom aus erneuerbaren Energien profitieren – über einen langfristigen Transformationsstrompreis“, so Habeck.

Für FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai stehen Habecks Pläne nicht im Einklang mit der Sozialen Marktwirtschaft: „Wir können nicht jede Form der wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland subventionieren. Gerade in einer Marktwirtschaft haben ja Preise eine Signalwirkung und ein subventionierter Preis würde ja dazu führen, dass auch falsche Signale gesendet werden.“ BDI-Präsident Siegfried Russwurm forderte im Deutschlandfunk: „Die vielen staatlich induzierten Belastungen wie Steuern, Umlagen und Netzentgelte müssen reduziert werden, um Strom attraktiver zu machen als fossile Energieträger.“ Außerdem seien der Ausbau des Stromangebots und der Infrastruktur dringend nötig, denn die Kluft zwischen Ambition und Umsetzungspraxis werde täglich größer. „Statt pro Tag vier bis fünf Windräder zu installieren, wie es auch in den Au-

gen des Bundeskanzlers ab sofort nötig wäre, war es im ersten Halbjahr dieses Jahres gerade mal ein Windrad pro Tag“, sagt er.

Wie sinnvoll ein schnellerer Ausbau von erneuerbaren Energien und der verstärkte Einsatz von Energieeffizienz-Technologien, wie etwa der Wärmepumpe, sein könnte, zeigt eine Studie des Prognos-Instituts im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Demnach erwarten die Experten, dass der Großhandelspreis für Strom bei einer höheren Ausbaugeschwindigkeit bis zum Jahr 2030 um mehr als 20 Prozent fällt. Auch das Bruttoinlandsprodukt läge bei Umsetzung aller Maßnahmen im Jahr 2030 um vier Prozent über dem Niveau der Referenzentwicklung. Die Erzeugung von erneuerbaren Energien ist also ein wichtiger Pfeiler, um die Energieziele zu erreichen und die Energiesicherheit zu gewährleisten.

Ebenso wichtig sind innovative Technologien, die überschüssige Energie zwischenspeichern können. Bisher werden Windkraftwerke und Solarfelder gedrosselt, wenn zu wenig Nachfrage herrscht. Tatsächlich könnte also viel mehr grüner Strom produziert werden, als dies bisher geschieht. 2021 erhielten die deutschen Energieversorger rund 807 Millionen Euro Entschädigung für Strom, der aufgrund von Engpässen nicht ins Netz eingespeist werden konnte. Ziel müssen deshalb Speichertechnologien sein, die eine umfängliche Nutzung von erneuerbaren Energien ermöglichen. P



Mathematik,
Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik:
Testen Sie Ihr
Wissen im
MINT-Quiz

Künstliche Intelligenz

Wie arbeitet ChatGPT?

„Beschreibe in maximal 30 Worten, was ChatGPT ist.“ Die Antwort des Chatbots kommt prompt: „ChatGPT ist ein leistungsstarkes KI-Modell von OpenAI, das menschenähnlichen Text generiert. Es versteht und produziert Texte in natürlicher Sprache und kann in verschiedenen Anwendungen wie Kommunikation, Texterstellung und mehr eingesetzt werden.“ Die Geschwindigkeit der Antwort ist ebenso beeindruckend wie die Begeisterung und gleichzeitig Unsicherheit, die ChatGPT seit Monaten erregt. Doch:

Wissen Sie, wie ChatGPT funktioniert?

A Der Chatbot verarbeitet Textmuster.

B ChatGPT nutzt neuronale Netze für die Texterstellung.

C ChatGPT kopiert seine Antworten aus vorgefertigten Texten.

A und B sind richtig. Die Abkürzung GPT steht für Generative Pre-trained Transformer. Das KI-Tool basiert auf dem sogenannten Deep Learning und künstlichen neuronalen Netzen, also Algorithmen, die der Funktionsweise des menschlichen Gehirns nachempfunden sind. Neuronale Netze bestehen aus verbundenen Knotenpunkten – den Neuronen. Sie nehmen Informationen von außen beziehungsweise von anderen Neuronen auf, verarbeiten diese und leiten die Ergebnisse von Neuron zu Neuron weiter bis zu den Output-Neuronen, die dann Entscheidungen liefern. ChatGPT wurde dafür mit riesigen Textmengen aus dem Internet trainiert. So lernt der Chatbot Muster und Strukturen der menschlichen Sprache kennen und lernt mit jeder Anfrage mehr. Doch wie kann die KI unterscheiden, welche Inhalte richtig sind? Der Chatbot erhielt in einem überwachten Training menschliches Feedback. Eine wirkliche Qualitätssicherung der Antworten ist bisher trotzdem nicht möglich – auch, weil die aktuelle Version nur mit Daten bis zum September 2021 gefüttert wurde.

Die richtige Antwort:

Stefanie Schlunk von Science on Stage als Mathemacherin geehrt



Mit dem Titel Mathemacher*in ehrt die Deutsche Mathematiker-Vereinigung (DMV) regelmäßig Menschen, die sich für Mathematik einsetzen, das Ansehen in der Öffentlichkeit verbessern oder andere für den Bereich begeistern. Für die Monate September und Oktober 2023 wurde Stefanie Schlunk, Geschäftsführerin von Science on Stage Deutschland e.V., mit diesem Titel aus-



Einsatz für die Mathematik: Stefanie Schlunk von Science on Stage ist von der Deutschen Mathematiker-Vereinigung zur Mathemacherin gekürt worden.

gezeichnet. Schlunk habe eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Verbreitung von Unterrichtsmaterialien für den Mathematikunterricht gespielt und sich für die seit 2003 regelmäßig stattfindenden Science on Stage Festivals eingesetzt. Diese ermöglichen es MINT-Lehrkräften bundesweit, zusammenzukommen, Ideen auszutauschen und mit neuer Motivation ins Klassenzimmer zurückzukehren. Science on Stage ist eine Bildungsinitiative von Gesamtmetall.

www.mathematik.de/mathemacherinnen

Nachfragerückgang verschärft Pessimismus

Absatz und Produktion in der M+E-Industrie erholten sich in der ersten Jahreshälfte. Die Nachholeffekte haben infolge rückläufiger Neuauträge aber spürbar nachgelassen. Die Dynamik auf den Exportmärkten bleibt aus und strukturell bedingte Defizite bremsen die M+E-Konjunktur.

Deutschland droht als einzige der entwickelten Wirtschaftsregionen in diesem Jahr eine Rezession. Die Erwartungen für Europas größte Volkswirtschaft wurden vom IWF nochmals nach unten korrigiert. Auch die M+E-Industrie gerät immer stärker in einen Abwärtstrend sinkender Neuauträge (-5 Prozent im 1. Halbjahr). Die Lagebeurteilung trübte sich spürbar ein: So beurteilt die Mehrheit der M+E-Firmen die Nachfrageentwicklung seit April negativ. Dementsprechend wird auch der Auftragsbestand inzwischen wieder negativ bewertet. Die Produktions- und Exportpläne für die kommenden Monate wurden bereits nach unten korrigiert und lassen einen Rückgang in der zweiten Jahreshälfte erwarten. Selbst die Personalpläne fielen erstmals seit Anfang 2021

wieder in den negativen Bereich. Die M+E-Firmen blicken immer pessimistischer auf das zweite Halbjahr.

Standorte und Arbeitsplätze in Gefahr

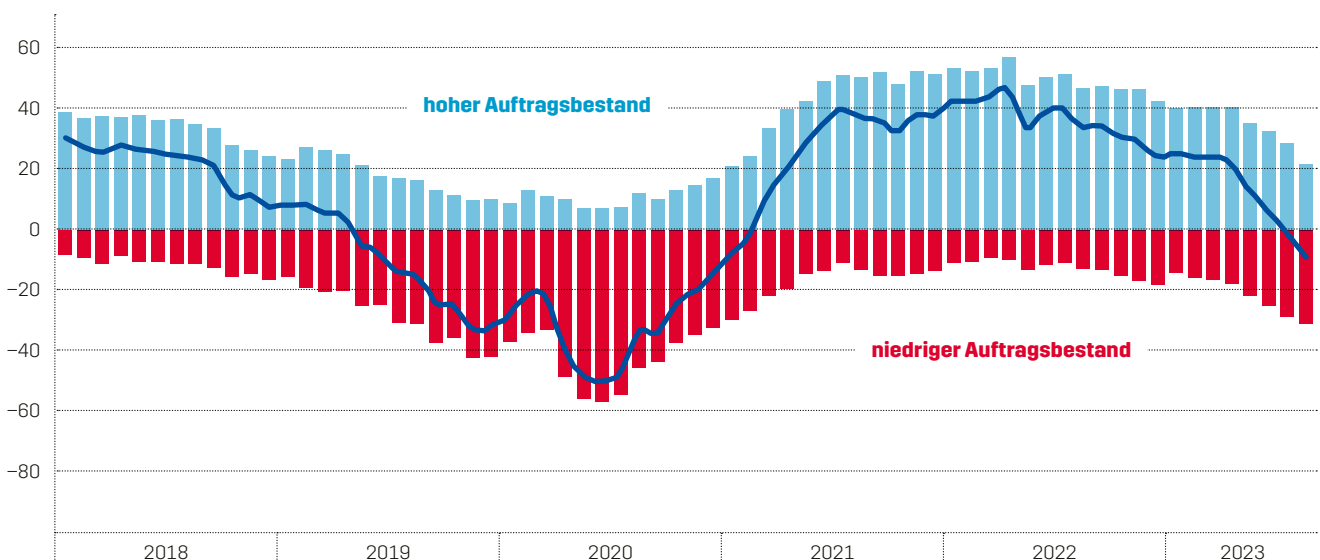
Noch bedrohlicher ist, dass noch nie so viele M+E-Firmen ihre Wettbewerbsposition zum Ausland so schlecht bewertet haben. Dringend notwendige Investitionsentscheidungen werden daher aufgeschoben oder gehen ins Ausland. Kurzfristig belastet das die Nachfrage, langfristig sind Standorte und Arbeitsplätze gefährdet. Bestes Rezept für eine konjunkturelle Belebung wäre daher, die Rahmenbedingungen für Investitionen und Wertschöpfung spürbar zu verbessern. Das erfordert eine konsequente Rückkehr zu einer Wachstums- und Angebotspolitik. P

M+E-Firmen beurteilen ihren Auftragsbestand inzwischen wieder negativ

~ 30 % der M+E-Firmen bereits mit Auftragsmangel

Anteile und Saldo aus ■ hohem Auftragsbestand (+) vs. ■ niedrigem Auftragsbestand (-)

— Selbsteinschätzung der M+E-Unternehmen

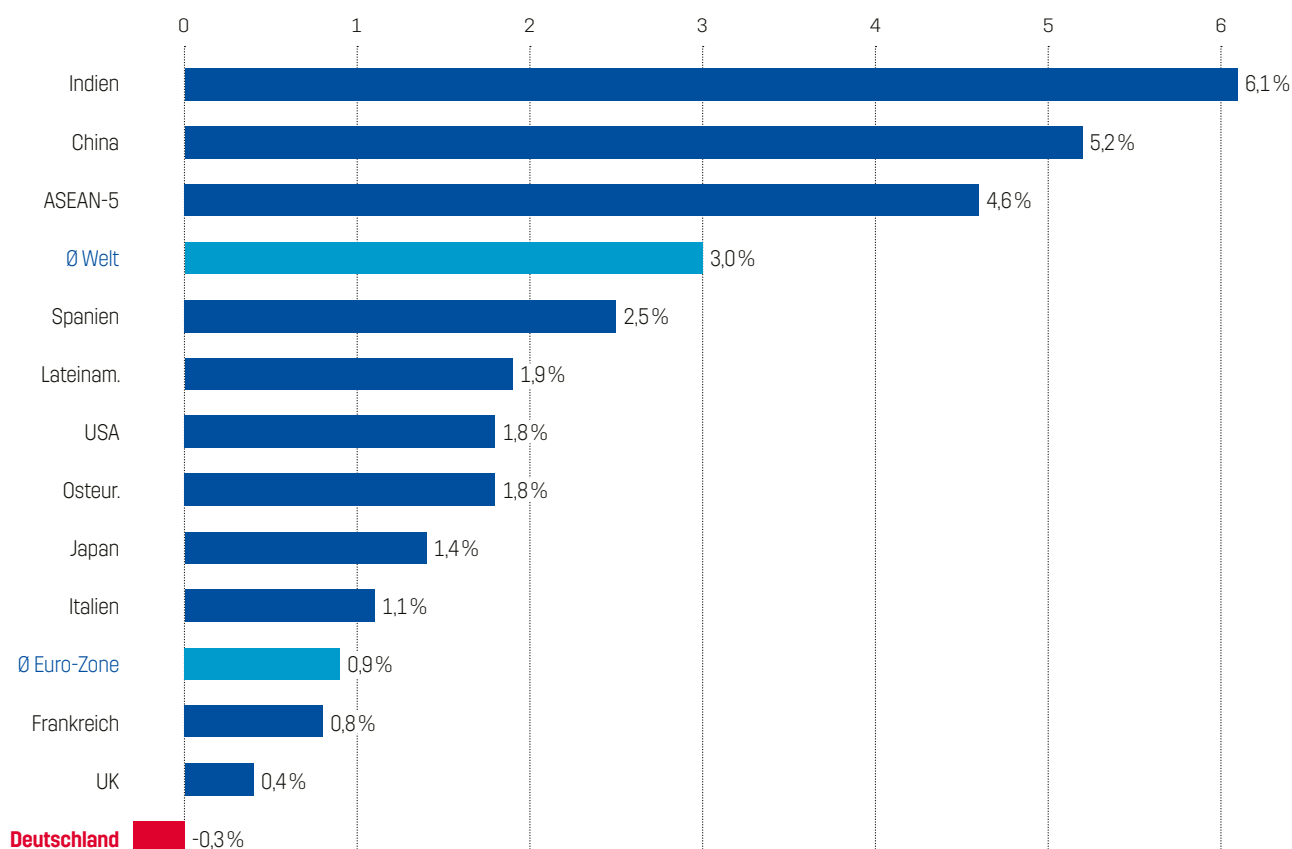


Quelle: ifo Konjunkturtest, Differenz zu 100 neutralen Antworten

BIP-Prognose: Deutschland bleibt deutlich zurück

Entwicklung des preisbereinigten (realen) Bruttoinlandsproduktes nach Ländern 2023/2022

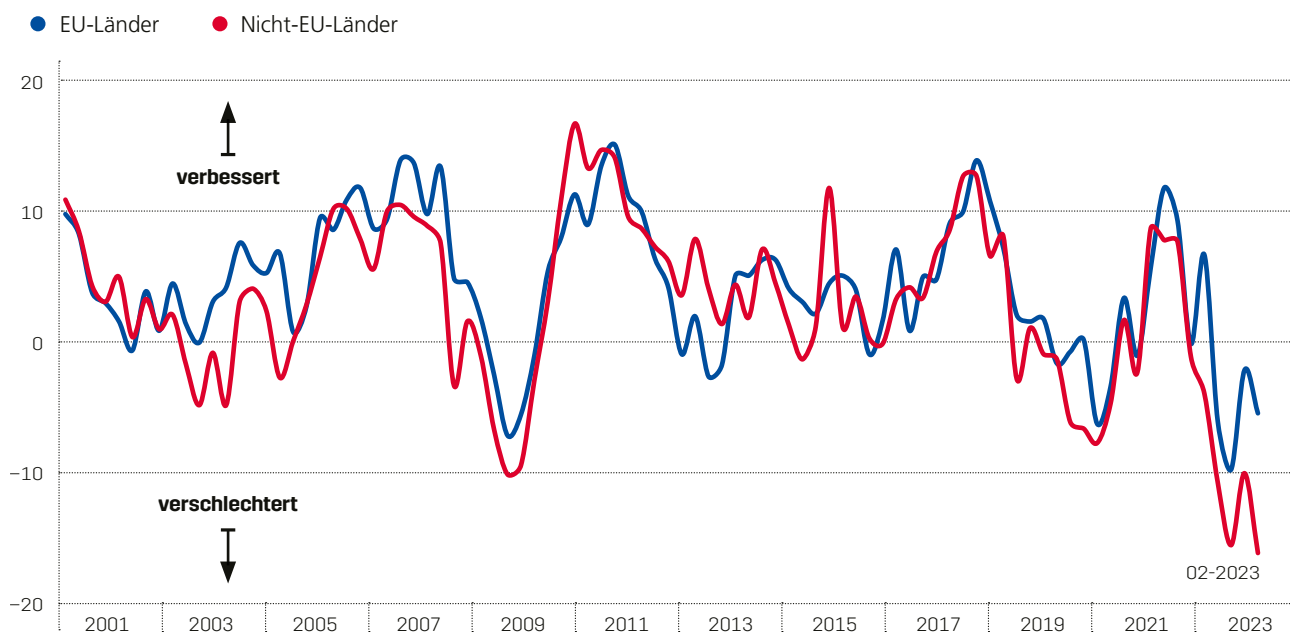
Quelle: Internationaler Währungsfonds, 27. Juli 2023



Globale Wettbewerbsfähigkeit nimmt so stark ab wie nie

Beurteilung der Wettbewerbsposition zum Ausland, Salden aus +/- Meldungen der M+E-Unternehmen, saisonbereinigte Quartalswerte, Vergleich EU und Nicht-EU-Länder

Quelle: ifo-Konjunkturtest





Was wurde aus der ...

Pflege- versicherung

Die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung stellt eine der zentralen Herausforderungen in der Sozialpolitik dar. Mit der stetig wachsenden Anzahl älterer Menschen erhöhen sich auch die Ausgaben. Mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) wurde das Leistungsspektrum der sozialen Pflegeversicherung deshalb erweitert. Um das zu finanzieren, wurde der Pflegeversicherungsbeitrag stark angehoben, wodurch die 40-Prozent-Grenze beim Gesamtsozialversicherungsbeitrag gerissen wurde. Seit dem 1. Juli 2023 beträgt der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz 40,8 Prozent. Bei Kinderlosen beträgt er sogar 41,4 Prozent. Mit dem PUEG wurde auch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, wonach die Anzahl der Kinder bei den Pflegeversicherungsbeiträgen in Form einer Absenkung berücksichtigt werden soll. Die sehr kurze Umsetzungsfrist und der Erfüllungsaufwand haben die Wirtschaft stark belastet. Zumindest konnte erreicht werden, dass die Arbeitgeber die Anzahl der Kinder künftig bei einer zentralen Stelle abrufen können – allerdings erst ab 2025. Anstatt mit dringend erforderlichen Strukturreformen zur nachhaltigen Finanzierung der Pflege zu reagieren, hat der Gesetzgeber mit dem PUEG den Druck auf die Beitragszahler erhöht. Die Chance, die soziale Pflegeversicherung auf eine tragfähige Basis zu stellen, wurde vertan.



Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail: perspektiven@gesamtmittel.de
www.gesamtmittel.de

Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz
(Gesamtmittel),
Iris Grundmann
(Redaktionsleitung
Gesamtmittel),
Anika Berger, Sophie Schuh
(Redaktion Axel Springer
Corporate Solutions)
Aisha Wilson
(Projektmanagement Axel
Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twotype design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho:

Image-Pool, Berlin

Herstellung:

Silvio Schneider
„Perspektiven“ erscheint
viermal jährlich in einer
Auflage von rund 3.500 Druck-
Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“
nicht mehr erhalten möchten,
bitte eine kurze E-Mail an:
perspektiven@gesamtmittel.de





Deutschland erwartet ein neues Wirtschaftswunder

**»Sinn der Sozialen
Marktwirtschaft ist
es, das Prinzip der
Freiheit auf dem
Markte mit dem
des sozialen
Ausgleichs zu
verbinden.« (1956)**

Alfred Müller-Armack (1901–1978)

Der Ökonom und Kulturosoziologe gilt als einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft und entwarf 1946 den Begriff. Ab 1952 arbeitete er im Wirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, der maßgeblich auf Grundlage der Gedanken Müller-Armacks die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland einföhrte.

